

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HENRI A. KISSINGER

Die amerikanische Politik und der Präventivkrieg

Den nachstehenden Aufsatz veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der „YALE REVIEW“ (Copyright Yale University Press 1955). Der Aufsatz erschien in deutscher Sprache bereits in der Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit „DOKUMENTE“, Offenburg (Heft 4, August 1955). Mit Genehmigung des Verlages übernehmen wir die Übersetzung.

Von Zeit zu Zeit tauchen aus der verwirrenden Fülle des Alltags Ereignisse auf, die das Wesen der internationalen Probleme schlagartig beleuchten. So geschah es zwischen Juli und Oktober 1954, als die Vereinigten Staaten zum erstenmal seit Kriegsende auf einer internationalen Konferenz (Genf) isoliert dastanden und der Grundpfeiler ihrer Europapolitik (EVG) allen Drohungen und Versprechungen zum Trotz zusammenbrach. Gewiß, durch eine bemerkenswerte Änderung ihrer Taktik konnten sie seither einige der verlorenen Positionen zurückgewinnen. Aber es wäre ein tragischer Irrtum, taktische Erfolge mit einer strategischen Wandlung zu verwechseln. Die Periode der höchsten Gefahr ist noch nicht vorbei, und die

Die Abstimmung der französischen Nationalversammlung über die deutsche Wiederbewaffnung beweist, daß die Kräfte, die zum Zusammenbruch der EVG führten, noch immer am Werk sind. Und Westdeutschland hat alles bekommen, was der Westen ihm geben kann; es ist durchaus möglich, daß es in der Ära nach Adenauer die russischen Vorschläge immer verlockender findet.

Unter diesen Umständen erscheint es nicht überraschend, daß sich in den Vereinigten Staaten Fürsprecher radikaler Lösungen zum Wort gemeldet haben. Sie wurden zwar vorübergehend zum Schweigen gebracht, aber es ist sicher, daß sie einen verstärkten Vorstoß unternehmen werden, sobald die Schwierigkeiten sich erneuern sollten. Man bezeichnet den Krieg als die günstigere Alternative und sieht im Präventivkrieg ein Mittel, um die amerikanischen Trümpfe auszuspielen, bevor die Karten hoffnungslos gegen Amerika sind. Aber der Krieg ist eine zu ernste Sache, als daß man sich in einem Anfall von Verzweiflung auf ihn einlassen dürfte. Und bevor man den politischen Bankrott zugibt, mag es klug sein, die Ursachen der amerikanischen Schwierigkeiten, die möglichen Alternativen und die Voraussetzungen einer Sicherung zu analysieren.

Vielleicht sollten wir mit einer Warnung beginnen; die Schwierigkeiten, die den Vereinigten Staaten zu schaffen machen, mögen durch ge-

wisse politische Taktiken der letzten zwei Jahre verschärft worden sein, aber sie sind nicht durch sie hervorgerufen worden. Ganz im Gegenteil. Das Suchen nach Sündenböcken und isolierten Ursachen ist nur die andere Seite einer Mentalität, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die amerikanische Politik charakterisierte: jenes übergroße Vertrauen auf den diplomatischen Apparat und ein Rationalismus, der die bloße Feststellung eines Problems schon für dessen Lösung hält. Es ist allerdings verständlich, daß eine Nation, die sich in weniger als einem Jahrzehnt aus einer insularen Macht zur Weltmacht entwickelte und bei diesem Prozeß in der Geschichte einzig dastehende Verpflichtungen übernahm, von ihrem Eintritt in die Weltpolitik stärker beeindruckt war als von den ihm zugrunde liegenden Ursachen. Die Pakte, Allianzen und Hilfsprogramme erschienen als ebenso viele selbstverständliche Wegweiser für einen unabänderlichen Kurs, der wegen seiner offensichtlichen Nützlichkeit gegen die sowjetische Drohung keiner weiteren Rechtfertigung bedurfte. Nachdem die Vereinigten Staaten sich von ihren Isolationsträumen freigemacht haben, sehen sie die Gefahr des Sowjetkolosses in direkter und unheimlicher Proportion zu ihrer Friedenssehnsucht. So ist die sowjetische Drohung ein Grundpostulat für ihre Politik und die letzte Rechtfertigung ihres Bündnissystems geworden.

INHALT DIESER BEILÄGE:

Henri A. Kissinger:

Die amerikanische Politik und der Präventivkrieg

Paul G. Hoffman:

Der Friede, für den wir kämpfen, ist in Sicht — und wir können ihn gewinnen (S. 595)

Edward Crankshaw:

Rußlands Kalamität (S. 598)

Faktoren, welche die Vereinigten Staaten im vergangenen Sommer in die Sackgasse führten sind noch wirksam. Man kann sie etwa so formulieren: die Sowjetunion hat in den letzten zwei Jahren große Fortschritte in der Entwicklung ihrer Atomwaffen gemacht und ist darum in der Lage, die freien Nationen Eurasiens mit der völligen Ausschaltung zu bedrohen; und der Sowjetblock konnte unter den freien Nationen Südasiens die diplomatische Initiative ergreifen und dort die Friedensoffensive so gründlich in die Hand nehmen, daß die Vereinigten Staaten immer mehr als ein Hindernis für die internationale Verständigung erscheinen. Es ist zu erwarten, daß jetzt auch in Westeuropa Forderungen nach mehr Konferenzen laut werden.

Diese Ansicht mag korrekt sein, aber ihre Verfechter übersehen einen wesentlichen Punkt: die anderen Mächte lehnen es ab, an unüberbrückbare Abgründe zu glauben. Das kann man auf verschiedene Weise erklären — durch die Angst vor den Zerstörungen des Atomkrieges, durch die Erinnerungen an zwei Weltkriege mit den darauf folgenden Besetzungen —, es bleibt jedoch eine Tatsache des politischen Lebens. Der Wunsch nach Frieden ist in fast allen Län-

Die Erfolge der kommunistischen Friedensoffensive

dern der Welt so stark, daß jeder Versuch, ihm entgegenzuarbeiten, das Ansehen der Regierungen bei ihren Völkern zwangsläufig untergraben muß. Die amerikanische Politik hätte unablässig die sowjetische Intransigenz entlarven und dadurch ein für gemeinsame Aktionen günstiges Meinungsklima schaffen müssen. Stattdessen hielt sie es für ihre wichtigste Aufgabe, einen gewissen Grad an militärischer Stärke zu erreichen. Und man schmeichelte sich

mit dem Gedanken, die militärische Stärke hänge fast ausschließlich von der amerikanischen Politik und dem von ihr ausgeübten Druck ab.

So hatte, was unschwer zu vermeiden gewesen wäre, die kommunistische Strategie eine sehr leichte Aufgabe. Seit dem Tage, da die Koalitionsbemühungen der Vereinigten Staaten durch eine Drohung gerechtfertigt wurden, die von der öffentlichen Meinung ihrer Verbündeten nicht als solche empfunden wurde, fanden die sowjetischen „Friedensoffensiven“ einen geeigneten Boden für billige Siege. Man konnte den amerikanischen Druck als fast ebenso stark hinstellen wie den der Sowjetunion, und die amerikanische Intransigenz ist das Losungswort ausgerechnet des Volkes geworden, das bei dem Gedanken erleichen würde, es könne in Eurasien mit der Sowjetunion allein gelassen werden. Die Strategie der Vereinigten Staaten hat ihre Aufgabe rein technisch aufgefaßt: sie wollte eine adäquate Verteidigungsmacht schaffen. Aber es zeigte sich, daß das Problem in der Hauptsache ein psychologisches war: man mußte ein Meinungsklima schaffen, das eine solche Macht stützen konnte. So wurde der Grund gelegt für den Zusammenbruch der EVG und für die Schwierigkeiten, die sich der deutschen Wiederbewaffnung in den Weg stellten. Die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Länder beugten sich zwar den Tatsachen und stimmten den amerikanischen Vorschlägen formell zu. Aber gerade durch diesen Akt der Zustimmung verloren sie das Vertrauen ihrer Völker. Es kann sich sehr wohl herausstellen, daß die eigentliche Gefahr für das amerikanische Bündnisystem nicht der Kommunismus ist, sondern eine Art von umgekehrtem Titoismus: nationalistische Regierungen, die sich, um ihre Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu beweisen, mehr und mehr auf die Sowjetunion stützen.

Die amerikanische Auffassung von der westlichen Allianz läßt diese Gefahr in vergrößertem Maßstab erscheinen. Ein Artikel des ehemaligen Außenministers Acheson in der Zeitschrift *New York Times Magazine* mag das belegen. Achesons Hauptthese — alles, was eine Allianz stärkt, ist gut und das Gegenteil schädlich — kann man nicht bestreiten. Aber wenn sie in der Praxis zu einer Konzeption der Einheit als Selbstzweck führt, dann hebt sie sich selbst wieder auf: die Politik einer Allianz, die auf der Zustimmung ihrer Mitglieder beruht, wird von der schwächsten Komponente bestimmt. Und wenn man für jede Aktion die Zustimmung jedes einzelnen Verbündeten einholen muß, dann wird die innenpolitische Lage von schwachen Regierungen auf eine unerträgliche Weise belastet. Die geschickte sowjetische Diplomatie hat es verstanden, sich dieses Dilemma zunutze zu machen: durch das Mittel der Friedensoffensiven konnte sie selbst in Gebieten, wo es — wie etwa in Europa — eine Interessengemeinschaft gibt, welche die Macht hat, sich durchzusetzen, jede entscheidende Aktion lähmen oder doch wenigstens hinauszögern. Indem

der chinesisch-sowjetische Block seine aggressiven Bewegungen auf Gebiete beschränkte, die für die Alliierten der Vereinigten Staaten nur peripheres Interesse besitzen, hat er das alliierte Handeln einer starken Belastung ausgesetzt. Korea ist dafür ein typisches Beispiel. Wir dürfen wohl sagen, daß die Teilnahme der europäischen Alliierten Amerikas am Koreakrieg vor allem symbolischer Natur war: sie sollte die Vereinigten Staaten lediglich in dem Prinzip der kollektiven Sicherheit bestärken. Darüber hinaus verhinderten diese Alliierten, die auf einem Schauplatz, an dem sie nur sehr vage interessiert waren, nicht die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwören wollten, jede entscheidende Aktion. Das soll nicht heißen, daß die Alliierten Amerikas Unrecht hatten, sondern lediglich, daß sie den Koreakrieg aus einer Per-

spektive betrachteten, die jede Aktion auf weite Sicht ausschloß.

Das Bestehen auf formaler Einheit führte schließlich dazu, daß die alliierten Beziehungen sich in einem Niemandsland formeller Übereinstimmung und mangelnder Verwirklichung abspielten, in einem Klima wechselseitigen Widerwillens gegen jede Aggression, verbunden mit einer advokatenhaften Tendenz zum Ausweichen, kurz: man opferte die Substanz der Aktion zugunsten einer Form der Einigung. Dieser Prozeß erschütterte in allen Ländern der westlichen Koalition das Vertrauen der Völker zu ihren Regierungen und bereitete den Boden für die Ereignisse der letzten zwei Jahre, in denen alle Energien mehr und mehr von dem Bemühen, die Alliierten bei der Stange zu halten, absorbiert wurden.

Außenpolitik untrennbar von Militärpolitik

Es ist paradox, daß die Vereinigten Staaten sich während der letzten zwei Jahre fast beständig in der diplomatischen Defensive befanden; und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die Sowjetunion ihre Führerschaft wechseln, Revolten in Satellitenstaaten unterdrücken und ihre Wirtschaft auf eine höhere Produktion von Verbrauchsgütern umstellen mußte. Die amerikanische Politik ist dafür nicht allein verantwortlich, aber sie hat durch ihre Militärpolitik, durch ihre Unentschlossenheit während der entscheidenden achtzehn Monate nach dem Tode Stalins und durch die allgemeine Verwirrung, die durch die zahllosen, einander widersprechenden Erklärungen Washingtons entstanden war, viel dazu beigetragen.

Jeder Versuch, Außenpolitik und Militärpolitik zu trennen, führt gewöhnlich zur Aushöhlung beider: die Außenpolitik droht dann in raffinierten Leerlauf überzugehen, und die Militärpolitik entartet leicht zur leeren Pose. Das traf nie mehr zu als heute, da die verfügbare Macht und die Art ihrer Anwendung die möglichen Alternativen so weitgehend einschränken. Die tatsächliche Schwierigkeit des „New Look“ liegt darin, daß man nicht genau sagen kann, ob er eine Strategie des Kalten Krieges ist oder ein Mittel, einen Heißen Krieg zu gewinnen. Sofern die Doktrin der „massiven Vergeltung“ auf der Überzeugung beruht, daß im Kriegsfall die Vereinigten Staaten sich den Schauplatz des Konflikts nach ihrem eigenen Vorteil wählen können, ist sie nicht zu beanstanden. Wenn man sie aber als ein Mittel auffaßt, um ohne einen ernsthaften Konflikt den Kalten Krieg zu gewinnen, dann läuft sie jeder Koalitionspolitik zuwider, denn sie trägt dazu bei, das Gefühl der Ohnmacht, schon heute eine der gefährlichsten Krankheiten von Amerikas Alliierten, noch zu verstärken. Da die Vereinigten Staaten unter den Nationen des Westens nahezu das Monopol der Atomproduktion besitzen und da sie allein in der Lage sind, Atomwaffen zu liefern, begünstigt eine Militär-

politik, die alles oder nichts will, die Unverantwortlichkeit der amerikanischen Verbündeten: in der Innenpolitik dieser Länder, indem sie die Assoziation von Anti-Amerikanismus und Friedenssehnsucht herstellt, und weltpolitisch durch die Befürwortung der „friedlichen Koexistenz“ selbst unter Bedingungen, die einer Übergabe sehr nahekommen. Solange die Vereinigten Staaten das Monopol der Atomwaffen besaßen, war die „sofortige Vergeltung“ ein brauchbarer strategischer Begriff. Aber angesichts der zunehmenden sowjetischen Atomproduktion wird es stets das Hauptziel der Alliierten Amerikas sein, einen Atomkrieg nicht zu gewinnen, sondern zu vermeiden.

Mehr noch: während die wachsenden Vorräte der Sowjets an Atomwaffen selbst die amerikanische Bereitschaft, die Gefahren eines Weltkrieges zu riskieren, dämpfen, stellt die kürzlich erfolgte Einschränkung der konventionellen Streitkräfte Amerikas erhöhte Anforderungen an die westliche Koalitionspolitik. Mit neunzehn Divisionen sind die Vereinigten Staaten nicht einmal in der Lage, lokale Kriege zu führen, und auf jeden Fall haben sie wiederholt verkündet, daß sie auch gar nicht geneigt sind, es zu tun. Aber es gehört zu den Hauptanliegen der Staatsmänner in jenen Teilen Eurasiens, die noch nicht unter sowjetischer Herrschaft stehen, die moralischen und physischen Verheerungen einer sowjetischen Besetzung zu vermeiden. Und sie lassen sich auch durch die Tatsache nicht beruhigen, daß man bei einer sowjetischen Aggression Moskau mit Atombomben belegen wird. Denn das Schicksal ihrer Länder hängt nicht, wie schon oft und vor allem von führenden europäischen Politikern betont wurde, von der letzten Schlacht ab, sondern von der ersten, und die augenblickliche Stärke der konventionellen Streitkräfte Amerikas läßt diese erste Schlacht nicht sehr verheißungsvoll erscheinen. Die Amerikaner können, kurz gesagt, nicht mehr verkünden, der totale Atomkrieg sei das

einzigste Abschreckungsmittel gegen eine sowjetische Aggression, ohne sich selbst zu isolieren. Wenn sie aus ihrer Atomüberlegenheit politische Vorteile ziehen wollen, dann müssen sie den Akzent mehr auf die taktische als auf

die strategische Bedeutung der jüngsten technischen Entwicklung legen. Das heißt mit anderen Worten: sie müssen betonen, welche Bedeutung den Atomwaffen bei der Abwehr einer konventionellen Armee zukommt.

Die verpaßten Gelegenheiten

Es berührt schon merkwürdig, daß die freie Welt in dieses Dilemma geriet, wenn man an die Chancen denkt, die sie sich in den beiden kritischen Augenblicken der maximalen sowjetischen Schwäche entgehen ließ: 1946, nachdem die Sowjetunion unerhörte Blutopfer gebracht hatte, und 1953 nach dem Tode Stalins. Aber in beiden Fällen zog die Sowjetunion aus ihrer Schwäche nur Vorteil und ging erstarkt aus ihren Schwierigkeiten hervor: 1946, indem sie eine nichtexistierende Stärke vortäuschte, und 1953 durch eine Friedensoffensive, die alle Chancen besitzt, die freie Welt zu zersplittern. 1946 war für die Amerikaner die Zeit der Kriegskameradschaft mit Rußland noch zu nahe, so daß sie sich nicht zu einer kühnen und geschmeidigen Politik aufrufen konnten. Auf jeden Fall sind die nach Kriegsende vorhandenen Chancen unwiderruflich verloren. Aber die Amerikaner leiden noch immer unter ihren Unterlassungssünden von 1953. Man kann natürlich nie beweisen, daß damals eine kühnere Politik die strategische Situation hätte verändern können. Die Fürsprecher des Nichthandelns haben bei der Debatte stets den Vorteil für sich, daß man die Gefahren einer Aktion kennt, während die Vorteile Sache der Mutmaßung bleiben. Aber wenn es je einen Augenblick gab, da es möglich gewesen wäre, einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre Satelliten zu treiben oder die Sowjetsphäre einzuschränken, dann nach dem Tode Stalins — es sei denn, man wollte annehmen, die Vereinigten Staaten könnten unter keinen Umständen die Maßnahmen der Sowjets beeinflussen.

Der Tod Stalins stellte die Sowjetunion vor alle Schwierigkeiten der Nachfolge in einer Diktatur und in einer Gesellschaft, die seit einem Jahrzehnt in höchster Anspannung gelebt hatte. Hinzu kam, daß die Regierung während der entscheidenden Übergangsperiode in sich selbst gespalten war. Das Politbüro hatte vollauf damit zu tun, die Führerschaft zu wechseln, interne Abweichungen zu beseitigen, Revolten von Satelliten niederzuschlagen und die Produktion von Verbrauchsgütern zu steigern. Eine entschlossene Offensive der amerikanischen Diplomatie hätte sich sehr wohl die Meinungsverschiedenheiten des Kremls über die künftige Politik zunutze machen und zugleich einen Ansatzpunkt für die Auswertung der Unzufriedenheit in den Satellitenstaaten schaffen können. Weiter hätte eine vom Westen geforderte Viermächtekonferenz Malenkov vor das Problem gestellt, ob er wagen dürfte, Rußland, in dem Berija nicht mehr existierte, zu verlassen — ganz abgesehen von den Forderungen, welche die Vorbereitung

einer solchen Konferenz an den sowjetischen Regierungsapparat stellte. Und schließlich hätten konkrete amerikanische Vorschläge zur deutschen Einheit den Aufstand vom 17. Juni in den richtigen Zusammenhang gerückt.

Die Vereinigten Staaten konnten damals die Inkonsequenz der Sowjets aufzeigen und sie daran hindern, zwei Pferde zugleich zu reiten: das nationalistische, das mit seiner Friedensoffensive die Neutralisierung Europas herbeiführen und das ideologische, das China in Asien stützen wollte. Stattdessen verfolgten die Amerikaner eine Politik der halben Maßnahmen: ihr Ton war intransigent genug, um der sowjetischen Friedensoffensive einen Hintergrund zu geben, aber ihre Aktionen reichten nicht aus, um die Sowjets unsicher zu machen. So gelangte die Sowjetunion in die vorteilhafte Position eines Fürsprechers der friedlichen Koexistenz. Sie brauchte sich auf die Gefahren einer solchen Koexistenz nicht einzulassen und konnte dabei das wichtigste Ziel erreichen: Zeit zu gewinnen und das Bündnissystem der Vereinigten Staaten zu sprengen. Als die Sowjetunion auf der diplomatischen Bühne wieder auftauchte, ließen es die Amerikaner zu, daß eine europäische Konferenz, bei der sie die meisten Trümpfe in der Hand hatten, in eine asiatische umgewandelt wurde, bei der sie überhaupt keine besaßen.

Und dabei erhielten sie nicht ein einziges Äquivalent für die Sicherung der Ratifizierung eines Verteidigungssystems, dessen Ableben durch Genf noch beschleunigt wurde. Tatsächlich dürfte die Sowjetunion durch den Tod Stalins erstarkt sein. Ihre Politik ist geschmeidiger geworden und selbst die satellitischen Revolten sind für sie zum Vorteil ausgeschlagen, denn sie führten zur Aufdeckung von antikommunistischen Untergrundbewegungen. Und die amerikanische Politik des *containment*, die man noch vor zwei Jahren als phantasielos und beschränkt hinstellte, scheint inzwischen fast unerreichtbar geworden zu sein.

So bleibt die Situation trotz der unbestreitbaren Fortschritte der letzten sechs Monate ernst. Trotz des Südostasienspakts (SEATO) befindet sich dieses Gebiet in einer üblen Lage, und damit ist das gesamte Kräftegleichgewicht gefährdet. Ein Block, der sich von der Elbe bis nach Malaja erstreckt, könnte, wenn man ihm nur genügend Zeit zur Entwicklung seiner Möglichkeiten läßt, sehr wohl das Handeln der freien Welt auf die äußerste Probe stellen — und für die freien Nationen Eurasiens wird er stets eine überwältigende Drohung bilden. Es erscheint nicht überraschend, daß unter diesen Umständen die Verfechter radikaler Lösungen auf den Plan treten: sie schlagen vor, den gordischen Knoten mit einem Hieb durch einen Präventivkrieg zu durchtrennen. Aber obwohl dieser Vorschlag einem „hartgesottene[n] Realismus“ entsprechen soll, dürfte er eher geeignet sein, eine Abdankung der Politik herbeizuführen, als ihre Schwierigkeiten zu lösen. Indem er unmögliche Alternativen setzt und sie als die einzig verfügbaren bezeichnet, sichert er die Fortsetzung eben des Kurses, den er anzugreifen scheint.

Die Sicherheit der Vereinigten Staaten

Die Forderung eines Präventivkrieges ist also von einer Aura der Irrealität umgeben. Ihre Befürworter übersehen das Schlüsselproblem der Politik als der Kunst des Möglichen, indem sie annehmen, man sei völlig frei in der Wahl der Mittel, und weder der Kongreß noch die öffentliche Meinung könne das Handeln Washingtons einschränken. Außerdem kann Amerika gegenwärtig auch vom rein militärischen Gesichtspunkt aus keinen Präventivkrieg ins Auge fassen. Wer wollte mit neunzehn Divisionen und ohne Verbündete einen Weltkrieg beginnen? Unter den gegebenen Umständen wäre der Präventivkrieg ein Akt der Frivolität, dessen Folgen sich sehr wohl als viel schrecklicher erweisen könnten als die Zustände, die er beseitigen will. Er wäre nicht ein Akt der Politik, sondern ein Akt der Verzweiflung. Alle verantwortungsbewußten Politiker in Amerika sollten sich deshalb bemühen, ein Zwischenprogramm zu finden, das die Gefahren des augenblicklichen Kurses vermeidet, ohne einen Atomkrieg heraufzubeschwören. Denn selbst eine Politik der

maximalen Risiken müßte gewisse Übergangsphasen berücksichtigen: um die öffentliche Meinung vorzubereiten, um die amerikanischen Streitkräfte zu verstärken und, wenn möglich, die Alliierten unter einen Hut zu bringen. Zunächst ergeben sich also vor allem zwei Fragen: wie sollen die Zwischenlösungen aussehen, und welches sind die minimalen Voraussetzungen für die Sicherheit der Vereinigten Staaten?

Man sollte von vornherein betonen, daß die Alternative zum Präventivkrieg nicht der Friede als solcher ist. Nichts war so gefährlich wie die Vorstellung, der Friede könne unmittelbar und als ein Ziel in sich erstrebt werden, wobei dann alle Spannungen plötzlich verschwinden und die Menschen von nun an in Harmonie leben würden. Dieser Gedanke ist ein Überbleibsel des amerikanischen Optimismus, der den Krieg nur als eine vorübergehende Verirrung betrachtete und die Sicherheit, die zwei große Ozeane gaben, für den Normalfall der internationalen Beziehungen hielt. Aber der Friede wird nur erreicht, wenn man ihn nicht als das unmittel-

bare Ziel der Politik anstrebt. Wenn immer der Friede — konzipiert als Vermeidung des Krieges — das einzige Ziel einer Macht oder einer Mächtegruppe ist, dann bleibt das internationale System dem erbarmungslosesten seiner Mitglieder auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Bei einer derart beschränkten Zielsetzung ist eine Politik des *appeasement* die unausweichliche Folge. Wenn ein Staatsmann seine weitere Tätigkeit ausschließlich dem fortgesetzten guten Willen einer anderen souveränen Macht anheimstellt, dann bedeutet das nur den Aufschub der unvermeidlichen Kraftprobe. Und mit dem zunehmenden Mißverhältnis der Kräfte pflegt dann auch die Selbstbeherrschung zu verschwinden. Eine Einigung, die nicht ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte einbegreift, dürfte darum nur von kurzer Dauer sein — wenigstens bietet die Geschichte kein Beispiel für das Gegenteil. Aber in einer Welt von zwei Supermächten ist ein solches Gleichgewicht besonders schwer zu erreichen. Das klassische Gleichgewicht der Kräfte würde voraussetzen, daß keine Macht oder Mächtegruppe imstande wäre, die gegnerische Gruppe total auszuschalten. Aber je geringer die Zahl der ausgleichenden Faktoren ist, desto mehr rächt sich jede falsche Berechnung und desto unnachgiebiger sind die miteinander Streitenden. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wären darum auch im günstigsten Falle schwierig. Aber sie bekommen ihre besondere Härte durch die Dynamik einer revolutionären Ideologie, welche die gesamte nichtkommunistische Welt als einen potentiellen Feind betrachtet.

Welche Macht kann man dem Sowjetkoloss entgegenstellen, um die Ausschaltung der Ver-

einigten Staaten zu verhindern? Alle Überlegungen hierzu müssen von der geopolitischen Tatsache ausgehen, daß die Vereinigten Staaten im Verhältnis zu Eurasien eine Inselmacht mit unterlegenen Hilfsquellen sind — heute nur im Hinblick auf die Einwohnerzahl, aber mit der Zeit auch im Hinblick auf die industrielle Kapazität. Wenn Eurasien der Kontrolle einer einzigen Macht oder Mächtegruppe anheimfiele und wenn diese Gruppe genügend Zeit fände, ihre Möglichkeiten zu entwickeln, dann sähen sich die Vereinigten Staaten zu einer militärischen Anstrengung gezwungen, die mit dem *american way of life*, wie man heute zu sagen pflegt, nicht in Einklang zu bringen wäre. Und selbst um diesen Preis wäre die Existenz der Vereinigten Staaten, denen drei Viertel der Weltbevölkerung und ein kaum geringerer Prozentsatz der Hilfsquellen der Welt gegenüberstehen würden, sehr gefährdet. Die Amerikaner dürfen es darum nie zulassen, daß die Hilfsquellen Eurasiens von einer einzigen Macht — oder gar von einer ihnen offenbar feindselig gesinnten Macht — organisiert werden. Und da die Vereinigten Staaten eine Inselmacht sind, sollte ihr Einfluß auf den für eine Seemacht zugänglichen Halbinsel besonders stark sein: in Korea, in Südostasien, auf dem indischen Subkontinent, in der Türkei, in Griechenland und in Westeuropa. Die entscheidenden Fragen sind darum: erstens, ob man Westeuropa und die Halbinseln Eurasiens gegen die sowjetische Drohung sichern kann; und zweitens, ob unter der Voraussetzung, daß diese Sicherung möglich sei, die Sicherheit dieser Gebiete die Ausschaltung der Vereinigten Staaten verhindern wird.

Einschränkung der Sowjetsphäre?

Man darf freilich die Bedeutung des Problems nicht überschätzen. Es handelt sich nicht nur um eine Krise der Macht, sondern auch um eine Krise des Willens. Die industrielle Kapazität der freien Welt übersteigt heute und für absehbare Zeit noch erheblich die des Sowjetblocks. Das strategische Problem kann man daher folgendermaßen zusammenfassen: die Gefahr einer moralischen Isolierung der Vereinigten Staaten ist größer als die ihrer tatsächlichen Ausschaltung. Die freie Welt müßte selbst in ihrer heutigen Ausdehnung genug Kräfte mobilisieren können, um eine sowjetische Aggression in ihre Schranken zu weisen. Aber die Bereitschaft der Alliierten Amerikas, diese Kräfte einzusetzen, ist nicht sehr groß, weil die Erinnerung an die Besetzung bei ihnen ein gewisses Gefühl der Impotenz hervorbrachte und weil sie die Überlegenheit der Sowjets in der konventionellen Bewaffnung kennen. Die Lage verschärft sich noch durch die Tatsache, daß die Sowjets Atomwaffen besitzen. Denn wenn beide Seiten diese Waffen haben, dann wird das Risiko ihrer Anwendung so unübersehbar, daß sie sich fast von selbst verbietet. Daraus folgt jedoch, daß die Überlegenheit der Sowjets in

konventionellen Waffen und die heutige Ausdehnung des Sowjetblocks eine beständige Gefahr bleiben. Solange die sowjetischen Armeen an der Elbe stehen, ist Westeuropa ungesichert; und solange China unbehindert durch Asien marschiert, suchen die nicht den beiden Blocks zugehörigen Mächte ihre Sicherheit in der Neutralität. Die amerikanische Strategie sollte deshalb zwei Ziele haben: auf kurze Sicht die Verhinderung einer weiteren Expansion der Sowjetsphäre; auf lange Sicht eine Reduzierung des Sowjetblocks, die es ihm unmöglich macht, einen Krieg mit den konventionellen Waffen zu gewinnen, während ihn die technische Überlegenheit der Amerikaner vor der Führung eines Atomkrieges abschrecken wird.

Gegen diese strategische Konzeption kann man einwenden, eine Reduzierung der Sowjetsphäre sei mit einer Ausschaltung der Sowjetunion gleichbedeutend und darum ohne einen Atomkrieg nicht zu erreichen. Es mag sein, daß diese Reduktion ohne einen Atomkrieg nicht möglich ist; aber nicht deshalb, weil ein Atomangriff die Sowjetunion auf Gnade und Ungnade den Vereinigten Staaten ausliefern würde. Denn

selbst die auf die Grenzen ihres heutigen Bestands reduzierte Sowjetunion bliebe noch immer ein zu fürchtender Gegner, wenn er auch nicht mehr imstande sein sollte, einen Angriffskrieg zu gewinnen. Allein schon ihre gewaltige Ausdehnung würde einen Angriff behindern und ihre Atomkapazität für Verteidigungszwecke noch immer ausreichen. Ein Rußland, das außerstande wäre, einen Angriffskrieg zu gewinnen, aber innerhalb seines eigenen Gebiets unangreifbar bliebe, würde lediglich zu seiner traditionellen Position gegenüber Europa zurückkehren.

Aber daraus ergibt sich, wenn der Atomkrieg vermieden werden soll, eine Folgerung. Man darf die Sowjetunion nicht nur auf ihr Mutterland reduzieren: sie muß sich darin auch sicher fühlen. Gewiß, es ist nicht wahrscheinlich, daß die Sowjetunion sich, um welchen Preis auch immer, freiwillig zurückzieht. Ihre Unsicherheit ergibt sich, alles in allem genommen, aus der Existenz der Vereinigten Staaten als einer nichtkommunistischen Macht und nicht aus deren Politik. Trotzdem könnte eine geschmeidigere amerikanische Diplomatie, verbunden mit einer Steigerung der militärischen Stärke, das Geflecht der internationalen Beziehungen wesentlich ändern. Mindestens würde sie die freie Welt zusammenschließen. Im besten Falle gelänge es ihr, die „Friedensparteien“ innerhalb des Sowjetblocks zu stärken: jene Gruppen, die nicht gewillt sind, wegen peripherer Ziele alles aufs Spiel zu setzen. So könnte man die Sowjetsphäre durch innere Spaltung vielleicht doch noch reduzieren. Aber welche Diplomatie vermag beides in Einklang zu bringen: das minimale Ziel des Zusammenschlusses der freien Welt und das maximale Ziel einer Reduzierung der Sowjetsphäre?

Zunächst muß man eines klar sehen: in einer Welt, die eine revolutionäre Macht einbegreift, wandelt sich die Natur der internationalen Beziehungen; nicht etwa, weil die revolutionäre Macht sich bedroht fühlt — das gehört zur Natur der auf souveränen Staaten basierenden internationalen Beziehungen —, sondern weil nichts ihr das Gefühl der Sicherheit geben kann. Nur die absolute Sicherheit, das heißt die Ausschaltung des Gegners, wird als ausreichende Garantie betrachtet! Und absolute Sicherheit für eine Macht bedeutet absolute Unsicherheit für alle anderen. Die Diplomatie, jene Kunst, die Machtausübung zu bändigen und die Macht im Hintergrund zu halten, kann bei solchem Risiko nicht funktionieren. Darum ist es irreführend zu behaupten, die Diplomatie könne internationale Konflikte beseitigen, wenn nur „guter Glaube“ und „Verständigungswillen“ vorhanden seien. Gerade daran scheint es in einer „revolutionären“ internationalen Ordnung zu fehlen. Die Diplomaten mögen noch immer zusammenkommen, aber sie überzeugen einander nicht mehr, denn sie haben aufgehört, die gleiche Sprache zu sprechen. Diplomatische Konferenzen dienen den streitenden Parteien nicht mehr zur Aussprache, sondern nur als Bühne, auf der sie

denen, die sich noch keiner der streitenden Parteien angeschlossen haben, sorgfältig vorbereitete Stücke vorführen.

Deshalb sind die Konferenzen nicht nutzlos, aber ihr Zweck hat sich gewandelt: in einer „legitimen“ internationalen Ordnung kann man über einmal gestellte Forderungen verhandeln, in einer „revolutionären“ Ordnung sind sie programmatisch. Wenn man in einer stabilen Ordnung minimale Forderungen formuliert, verzichtet man auf den Vorteil der Geschmeidigkeit bei Verhandlungen. Stellt man jedoch maximale Forderungen an einen revolutionären Gegner, der sie auf jeden Fall zurückweisen wird, dann verschärft man noch die eigentliche Schwierigkeit einer revolutionären Periode: die Nicht-Engagierten davon zu überzeugen, daß der Revolutionär wirklich ein Revolutionär ist und

daß seine Ziele unbegrenzt sind. Gerade weil die Alliierten Amerikas vor dem Dilemma stehen, daß ihre Regierungen das Ausmaß der sowjetischen Macht kennen, während ihre Völker sich weigern, an die Realität dieser Gefahr zu glauben, sollte man es nicht zulassen, daß der Sowjetblock das fundamentalste Faktum des politischen Lebens in der ganzen Welt sich zunutze macht: die Sehnsucht nach Frieden. Ganz im Gegenteil: nur wenn man den Sowjetblock zwingt, die „Friedensoffensive“ auf konkrete Ziele zu reduzieren, kann man ihre Hohlheit entlarven; nur so läßt sich die freie Welt vereinigen. Amerika sollte sich nicht vor Konferenzen fürchten, vor allem, wenn sie sorgfältig vorbereitet sind; denn eine Konferenz, die scheitert, bringt die Dinge keineswegs zu ihrem Ausgangspunkt zurück: sie kann als Sprungbrett für eine entschlosseneren Aktion dienen.

Deutschlands Wiederbewaffnung kein Selbstzweck

Das Deutschlandproblem bildet hier ein aufschlußreiches Beispiel. Natürlich hat die Sowjetunion das größte Interesse, die Wiederbewaffnung Deutschlands zu hintertreiben. Aber trotzdem sollten die Vereinigten Staaten die Möglichkeit nicht übersehen, daß die augenblickliche Besorgnis der Sowjets zum Teil von dem Bemühen, die Satelliten bei der Stange zu halten und an den französischen Nationalismus zu appellieren, motiviert ist. Auf keinen Fall dürfen sie das neuerliche Angebot der Sowjets gegenüber Westdeutschland durch bloße Verdächtigung der Motive abtun. Es fehlt Amerika noch immer an einem politischen Rahmen für seine militärischen Maßnahmen. Die Verteidigung der Elbe mag eine Voraussetzung der Politik sein, aber sie ist selbst noch keine Politik — und schon gar nicht, wenn sie die Teilung Deutschlands verewigt. Die Vereinigten Staaten dürfen es nicht zulassen, daß die Sowjetunion als der Vorkämpfer der deutschen Einheit auftritt. Wenn sie weiterhin die deutsche Wiederbewaffnung durch eine Zuteilung von zwölf Divisionen für die Verteidigung des Westens rechtfertigen, werden sie mehr und mehr auf den Widerstand der Nationalisten und Sozialisten stoßen, und der Ruf nach unmittelbaren Verhandlungen mit Rußland wird immer lauter werden. Sie brauchen sich nicht davor zu scheuen, selbst kühne Vorschläge zur deutschen Einheit zu machen. Ein Rückzug der Sowjets aus Ostdeutschland würde viel mehr bedeuten als eine Verletzung der sowjetischen Grenze um hundert Meilen nach Osten. Er wäre vor allem die Preisgabe einer Satellitenregierung und die Warnung für die osteuropäischen Staaten, daß ihnen ähnliches droht. Die Sowjetunion weiß genau, daß das den Titoismus fördern würde. Deshalb kann Amerika sich noch viel stärker für die deutsche Einheit einsetzen als bisher. Vor allem aber sollte es sich davor hüten, die sowjetischen Vorschläge mit gereizter Empfindlichkeit zurückzuweisen, nur weil sie für das unmittelbare Ziel der deutschen Wiederbewaffnung einen Auf-

schub bedeuten. Die Verleihung der Souveränität an Westdeutschland war ein nützlicher erster Schritt, aber es hätten ihm konkrete Vorschläge für eine mögliche Wiedervereinigung folgen müssen. Wenn man die Aufrüstung Deutschlands mit einem detaillierten Plan für die Abrüstung auf dem Kontinent verbinden würde (in dem Sinne etwa, daß Deutschlands Armee nicht größer sein solle als die Frankreichs und Polens), dann hätte man die französischen Ängste beruhigt und zugleich auf den Sowjetblock einen Druck ausgeübt. Mit einem Wort: die deutsche Wiederbewaffnung ist kein Selbstzweck. Sie sollte als ein Aspekt der Forderung nach der Einigung Deutschlands dargestellt und durch einen Vorschlag zur allgemeinen Abrüstung legitimiert werden. Damit ist nicht gesagt, Amerika dürfe in seiner Anstrengung, Verteidigungswälle zu schaffen, nachlassen, sondern nur, daß diese Wälle wirkungsvoller wären, wenn sie in einem größeren Zusammenhang stehen würden. Militärische Stärke ist wesentlich, aber sie kann sich nicht selbst legitimieren. Es obliegt den Vereinigten Staaten, für ihre militärischen Ziele einen entsprechenden politischen Rahmen zu finden.

Aber damit stellt sich ein neues Problem: das der amerikanischen Führerschaft. Auch hier müssen wir uns vor Alternativen hüten, die sich bei näherem Zusehen mehr als Wunschbilder denn als Realitäten erweisen. Als die stärkste Macht auf der Welt haben die Vereinigten Staaten nicht die Wahl zwischen Engagement und Isolierung, sondern nur zwischen Führerschaft und Schaffung eines Vakuums. Man sagt, Genf 1954 und das Schicksal der EVG hätten die Grenzen der amerikanischen Führung gezeigt und die Illusion der amerikanischen Omnipotenz sei gefährlicher gewesen als die Anerkennung von Grenzen. Aber Genf und die EVG beweisen lediglich die Grenzen einer schwankenden und formalistischen Führung. Die Genfer Konferenz geriet in eine Sackgasse, weil sie schlecht vor-

bereitet war, weil die Vereinigten Staaten sich über ihre eigenen Ziele nicht im klaren waren und in der aufgeregten Unentschlossenheit der letzten Minute die Verantwortung der Aktion auf Alliierte abwälzten, die kaum in ihrer eigenen Interessensphäre eine Entscheidung treffen konnten. Und der EVG hätte man von vorneherein keine so große Bedeutung beimessen sollen. Die Vereinigten Staaten können in der Formulierung gemeinsamer Ziele sehr weit gehen, aber sie können nicht alle zu ihrer Erreichung notwendigen Mittel vorschreiben. Die EVG war eines der politischen Mittel zur Herbeiführung der deutschen Wiederbewaffnung, zu jenem Zeitpunkt das einzig wirklich wesentliche Ziel der amerikanischen Führung, und ein Ziel, das erreichbar schien. Der spätere Verlauf der Ereignisse hat bewiesen, daß die Führerschaft zuweilen unter der Form der Selbstbeschränkung am wirksamsten ist.

Es kann nie die Aufgabe einer Führerschaft sein, eine Übereinstimmung zu erzwingen, sondern nur, die Bedingungen dafür zu schaffen. Eine Führungsmacht, die ihre wahre Funktion erfüllt, muß sich damit abfinden, eine Zeitlang — mindestens solange sie den Weg absteckt — abseits zu stehen. Daß es im alliierten Lager vor geplanten Aktionen Meinungsverschiedenheiten gibt, ist weniger wichtig, als daß sie hinterher auftreten. Entschlossene amerikanische Führung und einseitige Einmischung in Indochina hätten zu zeigen vermocht, daß auch die andere Seite dem Atomkrieg nicht mit Gleichmut entgegenseht und daß die Neutralisten nicht dadurch, daß sie die Aktion Amerikas behindern, ihrem Dilemma entrinnen können. Und wäre diese einseitige Aktion von einem politischen Vorschlag begleitet gewesen — etwa eines politischen Kuratoriums für Indochina unter asiatischem Vorsitz und einer Garantie für Chinas Südgrenze —, dann hätte man damit die amerikanische Entschlossenheit und Mäßigung besser bewiesen als mit allen formalistischen Erklärungen zusammen. Eine — wie man annehmen darf — erfolgreiche Aktion hätte, ohne einen Weltkrieg herbeizuführen, das amerikanische Bündnisystem ebenso sehr gestärkt wie Genf es demoralisiert hat. Und im Falle eines Weltkriegs — obwohl die Vereinigten Staaten ihr Eintreten für beschränkte Ziele ausreichend garantiert hätten — wäre die moralische Basis nicht eben schlecht vorbereitet gewesen. Es sollte, mit einem Wort, die Aufgabe der amerikanischen Führung sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen — einseitig, wenn nötig —, daß die gemeinsame Aktion mehr ist als eine bloße Belastung der amerikanischen Handlungsfreiheit. Durch Unnachgiebigkeit gegen jeden Druck und durch Mäßigung im Falle der eigenen Überlegenheit können die Amerikaner ihren Alliierten Mut machen und im besten Falle sogar eine Spaltung des von der Sowjetunion beherrschten Machtblocks herbeiführen.

Wenn die Vereinigten Staaten sich das Recht vorbehalten, einseitig vorzugehen, indem sie

gewisse Bedingungen stellen, dann müssen sie auch gewillt sein, in bestimmten Zeiten und um besonderer Ziele willen allein zu stehen. Sie dürfen nicht, vor allem nicht auf Gebieten, die außerhalb der Hauptinteressensphäre unstabiler Regierungen liegen, auf vollkommene Einmütigkeit drängen. Auf eine französische Regierung, die alle Mühe hat, ihre europäische Rolle zu spielen, die Verantwortung für die amerikanischen Maßnahmen in Asien abwälzen zu wollen, heißt jede entscheidende Aktion behindern und das Vertrauen dieser Regierung im eigenen Lande untergraben. Eine maßvolle Uneinigkeit kann sogar die verbündeten Regierungen innenpolitisch festigen; ihre Unterstützung wird dann, wenn sie sich auf wesentliche Ziele richtet, um so wertvoller sein. Schließlich sind die Vereinigten Staaten nicht an der Schaffung von Satelliten, sondern von Regierungen, die Selbstvertrauen haben, interessiert. Solche Regierungen haben natürlich ihre eigenen Ideen. Starke nichtkommunistische Regierungen — selbst wenn sie gelegentlich eine andere Meinung vertreten als die Vereinigten Staaten — sind nützlicher als unsichere, schwache und viel eher imstande, in lebenswichtigen Fragen entscheidend zu han-

deln. Die amerikanische Regierung muß darum aufhören, für die bloße Vortäuschung gemeinsamen Handelns schon einen Preis zu bezahlen, sie muß sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen gemeinsames Handeln möglich ist. Wenn es nicht zustande kommt, dann liegt es an ihr zu entscheiden, ob die amerikanischen Interessen oder die strategische Gesamtposition ein einseitiges Vorgehen erfordern. Die Alliierten sollten sich in den Bereichen, die sie am meisten angehen, einer ähnlichen Freiheit erfreuen dürfen. Mit andern Worten: wenn Amerika sich fremder Regierungen bedient, darf es ihnen nicht vorschreiben, wie sie sein sollen, sondern muß sie so nehmen, wie sie sind. Wenn Indien sich weigert, dem Südostasienpakt beizutreten, kann die amerikanische Diplomatie es noch immer als einen Kanal zu den anderen Nationen dieses Raumes — selbst zu Rotchina — benutzen. Indien mag gegen den Südostasienpakt opponieren; aber trotzdem sollten die Vereinigten Staaten das Prestige dieses Landes verwenden, ihre politischen Ziele zu legitimieren oder um das Stigma des Kolonialismus zu beseitigen, indem sie Indien auffordern, gemeinsam mit ihnen die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens zu betreiben.

dungen und gewillt ist, alle Risiken auf sich zu nehmen. Jede Unsicherheit innerhalb des Sowjetblocks kommt der Entschlußkraft der westlichen Alliierten zugute; und das gilt erst recht für den Fall einer wirklichen Spaltung.

So sind wir wieder zum Grundproblem zurückgekehrt: zur psychologischen Haltung der Vereinigten Staaten und ihrem militärischen Potential. Das hier umrissene Programm ist nicht durchführbar ohne Opfer, und das amerikanische Volk muß sich darüber klar sein, daß ihm kritische Jahre bevorstehen. Es handelt sich wesentlich um ein Führungsproblem, und im amerikanischen Regierungssystem kann nur der Präsident dieses Problem lösen. Er muß die Innen- und Außenpolitik besser koordinieren; vor allem muß er entscheiden, ob ein ausgeglichenes Budget und weltweite Engagements miteinander vereinbar sind. Das amerikanische Volk hat einem entschlossenen Präsidenten nur selten Hindernisse in den Weg gelegt. Es bleibt jedoch alles — sogar die unbestreitbar größere Geschmeidigkeit der Diplomatie — umsonst, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre militärische Stärke vergrößern. Mit neunzehn Divisionen verdammen sie sich selbst zur Ohnmacht, außer im Falle eines allgemeinen Krieges; und den zu entfesseln, werden die Vereinigten Staaten immer weniger Neigung verspüren, je mehr die Atomkapazität der Sowjets zunimmt. Es bleibt somit eine gebieterische Forderung, daß Amerika seine Armee, seine Luftverteidigung, seine taktische Atomkapazität und seine militärischen Ausgaben vergrößert — aus dem einfachen Grunde, weil keine Diplomatie stärker ist als die Macht, die hinter ihr steht.

Das sind die Grundprinzipien für die amerikanische Strategie und für die Maßnahmen, durch die man die Alternative zwischen totaler Selbstaufgabe und totalem Atomkrieg vermeiden könnte; denn zwischen diesen beiden Extremen müssen die Vereinigten Staaten, soweit ihre menschlichen und materiellen Mittel es zulassen, den Kurs steuern.

Die psychologische Grundlage der Bündnisse

Ein solches Vorgehen könnte die freie Welt zusammenschließen und gleichzeitig ein Mittel sein, um einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre Satelliten zu treiben. Vielleicht wird die Sowjetunion auf ihre Macht über ihre Satelliten verzichten, wenn sie entdeckt, daß es zu viel Kraft kostet, sie bei der Stange zu halten. Das wird umso schwieriger, je mehr die Satelliten dahinterkommen, daß sie nicht nur die „Bauern“ im Schachspiel, sondern eine marktfähige Ware sind, und daß sie, wenn sie den Sowjets folgen, der Katastrophe entgegengehen, ohne auf eine wirksame oder gar totale Hilfe Rußlands rechnen zu können. Das westliche Bündnisssystem wurde durch Aktionen der Sowjets

in Bereichen, die für die Alliierten Amerikas nur von peripherem Interesse sind, auf eine harte Probe gestellt. Die Vereinigten Staaten sollten ebenfalls den Versuch machen, Bedingungen zu schaffen, welche die latenten Interessenunterschiede innerhalb des Sowjetsblocks verschärfen würden. Es war für Großbritannien nicht leicht, einen Atomangriff auf Nord-Indochina zu riskieren, aber es ist fraglich, ob die Sowjetunion alles aufs Spiel gesetzt hätte, nur um die Macht Chinas zu stärken. Und wie viel würde China riskieren, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern? Wir müssen den Mythos zerstören, daß der Sowjetblock vollkommen geschmeidig, vollkommen frei in seinen Entschei-

PAUL G. HOFFMAN

Der Friede, für den wir kämpfen, ist in Sicht- und wir können ihn gewinnen!

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages übernommen aus der amerikanischen Zeitschrift „LIFE“, Internationale Ausgabe, 8. August 1955.

Es ist jedermann bewußt, daß das Ringen zwischen der Freien Welt und den Ländern des Kommunismus in eine neue Phase getreten ist, in eine Phase, in der sich die Spannungen bereits gelockert haben, und in der mit der Zusammenkunft auf höchster Ebene in Genf ein Schritt näher zum Frieden getan ist. Wir dürfen nicht zu viel davon erwarten, wie auch der Präsident und andere gewarnt haben, denn die fundamentalen Ursachen der Gegensätze bleiben bestehen. Aber es ist ungemein wichtig für das amerikanische Volk und seine Freunde im Ausland, zu verstehen, warum diese Entspannung erfolgt ist. Das liegt in der größten Neuigkeit unserer Zeit begründet, nämlich in der Tatsache, daß wir nach einem Jahrzehnt kostspieliger Kämpfe endgültig den Frieden gewinnen.

Wir gewinnen ihn, weil der Freien Welt führende Persönlichkeiten beschert waren, klug genug, zu erkennen, daß der Friede nur mit ebensoviel Mut, Kühnheit und Fantasie zu erringen war wie der glückliche Ausgang eines Krieges. Wir gewinnen den Frieden, weil diese Führer in der Klarsicht miteinander arbeiteten, daß rein nationale Interessen hintanzustellen seien; und weil sie darauf sahen, daß nichts gestattet wurde, was die Freien Nationen von einer gemeinsamen Strategie zur Erringung des Friedens abgehalten hätte.

Wie erfolgreich diese Strategie war, ist vom amerikanischen Volk leider noch nicht anerkannt worden. Eine Meinungsbefragung ergab kürzlich, daß 73 % aller Amerikaner einen Krieg für unvermeidlich halten. Ich fand dies bestürzend und deprimierend: Denn gäbe es Krieg, so würde vermutlich die ganze Welt zerstört werden. Und könnte weiterhin dieser Pessimismus nicht allein schon zum Kriege führen, auch wenn er sonst vermeidbar wäre?

Deshalb bedrückt mich solche Einstellung auf das stärkste; — doch ich denke, daß sie falsch ist. In dem Jahrzehnt des eben beendeten Kalten Krieges haben wir so viele harte Schläge einstecken müssen, daß wir vergessen haben, wie viele wichtige Siege die Freie Welt auf ihrem Wege zum Frieden errungen hat, darunter die vielen durch die Vereinten Nationen. Um Ihr Gedächtnis aufzufrischen, habe ich die hervorragendsten Etappen aufgezeichnet:

Die Sowjetarmee wird gezwungen, den Iran zu räumen: Mai 1946.

Wirtschaftliche Gesundung Europas durch USA-Hilfe. Vom April 1948 bis zur Gegenwart.

Jugoslawien besteht mit westlicher Unterstützung weiter, nachdem es sich aus der sowjetischen Einflußsphäre gelöst hatte. Juni 1948 bis heute.

Die Sowjetblockade Berlins wird von der Luftbrücke durchbrochen: Juni 1948 — August 1949.

Waffenstillstand im Israelisch-Arabischen Krieg: Februar 1949.

Gründung der NATO: April 1949.

Niederlage der Kommunisten in Griechenland: Oktober 1949.

Der Holländisch-Indonesische Krieg wird beigelegt: November 1949.

Einhalt des Angriffs in Korea: Juni 1950 bis Juli 1953.

Abkommen im Kaschmir-Krieg zwischen Indien und Pakistan: August 1953.

Waffenruhe in Indochina: Juli 1954.

Der Triestkonflikt wird beigelegt: Oktober 1953.

Abkommen zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands: Mai 1955.

Kürzlich haben wir in sehr schneller Reihenfolge vielleicht noch wichtigere Etappen passiert. Es ist uns endlich gelungen, alle Schranken niederzureißen, die der Wiederaufrüstung Westdeutschlands noch im Wege standen. Dieser Erfolg zog rasch tiefgreifende Veränderungen in der russischen Politik nach sich: Die plötzliche Bereitschaft, mit Österreich zu einem Abkommen zu gelangen; den Entschluß, den Terror gegen Tito und seinen unabhängigen Kommunismus fallen zu lassen; das Angebot, Westdeutschland anzuerkennen; die angekündigte Bereitwilligkeit, ernsthaft über die Abrüstung und über ein wirksames System der internationalen Atomkontrolle zu sprechen.

Trümpfe auf höchster Ebene

Auf Grund dieser Erfolge sah sich die Freie Welt beim Treffen auf höchster Ebene mit Trümpfen in der Hand. Trumpf-Aß aber war, daß Präsident Eisenhower als der hervorragendste Sprecher der Freien Welt fungierte.

Seine besondere Stellung beruht auf dem glücklichen Umstand, daß Präsident Eisenhower in den Augen aller Europäer mehr ist als nur ein Präsident: Er ist Europas Befreier. Als solcher hat er sich auch die Achtung der Russen erworben, die nicht vergessen, daß er es war, der gemeinsam mit Stalin auf der höchsten Plattform des Lenin-Mausoleums stand, um den Sieg der großen Verbündeten über den Nazismus zu feiern. Das machte ihn zur beherrschenden Gestalt der Genfer Konferenz. Und deswegen vermag Eisenhower mehr als jeder andere Mensch in der Welt zur Festigung des Friedens zu tun.

Zu diesem Resultat kam ich schon vor längerer Zeit. Es war bei meiner ersten Begegnung mit General Eisenhower überhaupt, zu der Zeit, als er noch Präsident der Columbia-Universität war, daß ich ihn zu meiner großen Freude ernsthaft sagen hörte, es sei die vornehmste Aufgabe vor der ganzen Welt den Frieden zu gewinnen. Zu jener Zeit drängte eine Reihe kurzsichtiger Leute zum Präventivkrieg; so etwa, „Laßt die Bombe fallen!“ Als ob der

Krieg dadurch verhindert werden könnte, wenn „man eine fallen ließe“.

Als ich das nächste Mal General Eisenhower begegnete, leitete er die NATO in Paris. Ich besuchte ihn im Juni des Jahres 1952, als er mit sich noch nicht im klaren war, ob er den dringlichen Bitten nachgeben sollte, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen. Auf das eindringlichste versuchte auch ich, ihn dazu zu bewegen. Ich wußte, daß sein tiefster persönlicher Wunsch war, nach all den Jahren anstrengster Pflichterfüllung einmal ein paar Jahre der Ruhe und Entspannung zu pflegen.

Ich wußte aber auch, daß keines der üblichen Argumente, die da Ruhm und Ehre des Postens heißen, ihn je zur Präsidentschaftskandidatur bewegen könnte. Kein Soldat der Welt wurde mit größerem Ruhm bedeckt oder mit höheren Ehren überhäuft von allen Nationen der Welt; beinahe alles, wozu er jetzt gelangen könnte, würde auf eine Art wie etwas Geringeres aussehen. Das größte Hindernis aber bildete seine wirkliche Bescheidenheit. Er war ganz ehrlich überzeugt, daß viele andere Männer weitaus besser für den Posten des Präsidenten geeignet seien als er — und das sagte er mir auch. Darauf baute ich dann meinen Plan.

Erfahrung, wie sie kein anderer besitzt

„General“, sagte ich ihm, „da ist noch etwas, das Sie ins Auge fassen müssen, ehe Sie eine Entscheidung treffen. Sie sind nämlich der Mann, der unsere Welt den Weg zum Frieden eher führen kann, als irgendein anderer Mensch der Gegenwart. Ich sage Ihnen auch, warum: Der Grund hierzu ist vielleicht gar nicht der, daß Sie nur besonders tüchtig oder dergleichen sind. Sondern Sie haben einfach eine Erfahrung, wie sie kein anderer besitzt“. Ich fuhr fort, das einzigartige Phänomen seiner Persönlichkeit zu beschreiben: Den siegreichen Heerführer, der in allen Hauptstädten gefeiert und ein Begriff für alle Welt wurde, der auch die Achtung der russischen Führer genoß und mit dem in Kollision zu geraten, sie am allerwenigsten geneigt scheinen.

„Also“, sagte ich, „wenn Sie mir nun jemanden zu nennen wissen, der ebensoviel dazu beitragen kann, den Frieden zu gewinnen, dann will ich mein Bündel schnüren und anderswohin gehen.“ Er erwiderte nichts aber ich spürte zum erstenmal, daß ich Eindruck auf ihn gemacht hatte.

Bis zum heutigen Tage habe ich keinen Grund gehabt, meine Argumente von damals als falsch anzusehen. Meiner Meinung nach gab es schon mehrere Gelegenheiten, von denen man sagen muß, daß es allein Eisenhower war, der dieses Land vor Krieg bewahrte. Der gefährlichste Zeitpunkt waren vielleicht die Tage des französischen Zusammenbruchs bei Dien Bien Phu, als einige unserer führenden Militärs auf eine militärische Einmischung in Indochina drängten, einschließlich der Anwendung von Atomwaffen. Es waren das nüchterne Urteil Eisenhowers und seine unerschöpfliche Geduld, die eine solch überstürzte Handlungsweise zunichte machten. Er beharrte auf seiner Meinung, bis endlich ein Waffenstillstand erreicht werden konnte. Auf die gleiche Weise widersetzte er sich standhaft einem Versuch des Senators Knowland und anderer einflußreicher Männer, die eine Blockade gegen Rotchina durchgeführt sehen wollten. Eine solche Blockade würde in Amerika zweifellos Beifall gefunden haben, da ein nationales Ressentiment gegen Rotchina wegen der gefangenen amerikanischen Flieger besteht. Aber der Präsident wies auf die Tatsache hin, daß es in der Geschichte noch keine Blockade gäbe, die nicht zu Feindseligkeiten geführt hätte, und verwarf den Vorschlag nachdrücklich. Im vergangenen April wurde die Nation plötzlich von der stärksten „Kriegsfurcht“ dieses Jahrzehnts alarmiert. Verantwortliche der militärischen Führung warnten vor einer unmittelbar bevorstehenden rotchinesischen Invasion Formosas und der umliegenden Inseln und schlugen eine Bombardierung des chinesischen Festlandes vor. Wiederum war es Eisenhower, der dieser Hysterie Einhalt gebot. Einerseits schickte er eine Abordnung zu Tschiang Kai-scheck, um ihn von jeder Provokation abzuhalten. Andererseits gab er den Rotchinesen unmißverständlich zu verstehen, daß Gewalt mit

Gewalt begegnet würde — und die gegenwärtige de facto Waffenruhe wird in der Formosastraße eingehalten.

Ich möchte damit nicht behaupten, daß durch Aktionen dieser Art Eisenhower das Problem als solches gelöst habe. Aber diese Handlungen haben Zeit eingebracht, und in dieser Zeitspanne können sich die Gemüter abkühlen, können Spannungen sich lösen. Eisenhower weiß aus seinen militärischen Erfahrungen, was für ein strategischer Faktor von ungeheurer Bedeutung die Zeit sein kann. Seine militärische Vergangenheit ermöglicht es ihm auch, Dinge zu tun, die ein Präsident, der nicht diese militärischen Erfahrungen besitzt, nicht fertigbringen würde.

Er kann in Ruhe ausgleichen, während ein anderer der Leisetreterei gegenüber dem Kommunismus bezichtigt würde. Er darf Provokationen übersehen, während man einen Zivilisten beschuldigen würde, er suche den „Frieden um jeden Preis“.

Wenn die öffentliche Leidenschaft in den USA bei einem Zwischenfall wie dem der US-Flieger entbrennt, und Demagogen versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen, darf Eisenhower es sich erlauben, leise zu sprechen, während ein solcher Druck einen Zivilisten evtl. in ein riskantes Unternehmen hineinmanövrieren könnte.

Eisenhower, der Soldat, kann weitaus wirkungsvoller für den Frieden arbeiten als irgendeiner in den Vereinigten Staaten, weil ihn seine Vergangenheit gegenüber Angriffen auf seinen Mut oder sein Urteil in Krisen immun macht. Da er ein Erster war im Krieg, kann er auch, ohne sich entschuldigen zu müssen, Erster des Friedens sein. Und das ist wichtig in einer Zeit, in der immer wiederkehrende Krisen leicht Kriegsstimmung erzeugen können wie seinerzeit die Versenkung des Schlachtschiffes

Maine im Hafen von Havanna, Kuba, die den Krieg zwischen den USA und Spanien im Jahre 1898 erzwungen hat.

Die gegenwärtige Entspannung wurde nicht herbeigeführt, weil die Sowjet-Führer eines schönen Morgens erwachten, und die Welt mit gütigeren Augen betrachteten. Es kam dazu, weil sie endlich erkannten, daß ihre Strategie des Abwartens auf einen Zusammenbruch der Freien Welt verfehlt war. Sie mußte fehlergehen, weil die Freie Welt auf die wirkungsvollste Weise den Frieden gewann, indem sie ihn an vier Fronten gleichzeitig führte: Der militärischen, wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Front.

An der militärischen Front schien es nötig, angemessene Streitkräfte zu belassen, um jede Lust zur Aggression zu verhindern. So ist es geschehen, und so bleibt es. Die NATO ist der beste und wirksamste Niederschlag dafür und die deutsche Wiederaufrüstung deren mächtigster neuer Faktor. Auf der wirtschaftlichen Seite war es wichtig, die Freie Welt wohlhabend und gesund zu machen. Hier sind große Fortschritte erzielt worden.

Auf dem politischen Sektor haben wir gemeinsame Sache mit unseren Verbündeten gemacht, und wir können ermutigende Fortschritte in unseren Beziehungen zu Gruppen, wie sie die Colombomächte darstellen, verzeichnen (Indien, Pakistan, Birma, Indonesien, Ceylon und die drei verbündeten Staaten von Indochina, Malaya und Nepal).

An der psychologischen Front führten wir Informationsprogramme durch und achteten darauf, daß unsere Errungenschaften und unsere Sache nicht falsch ausgelegt und nicht übersehen würden. Ein Erfolg davon ist — wie das die Afro-Asiatische Konferenz in Bandung erwies — daß wir weit mehr Freunde unter diesen Völkern haben, als dies die Bürger der westlichen Welt zu hoffen wagten.

Was kostet die Friedensführung?

Die Kosten der Vierfronten-Friedensführung während der abgelaufenen zehn Jahre waren enorm: 365 Milliarden Dollar für die Vereinigten Staaten, oder nahezu 100 Milliarden Dollar mehr als unsere nationalen Schulden. Den größten Anteil dieser Summe — 300 Milliarden Dollar — beanspruchte die Verteidigung, 50 Milliarden Dollar die Wirtschaftshilfe, 13 Milliarden Dollar für politische Zwecke und 2 Milliarden Dollar für Informationsbelange. Aber den Frieden zu gewinnen, wiegt alle Kosten auf.

Der größte Sieg der Freien Welt bleibt bis zum heutigen Tag die Vermeidung des wirtschaftlichen Chaos und Zusammenbruchs, worauf die Sowjet-Führer die größte Hoffnung gesetzt hatten. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, daß die Auslagen, die sich Amerika machte, um diesen Zusammenbruch zu vermeiden, buchstäblich die Welt gerettet haben.

Man vergißt so leicht, wie verzweifelt, hoffnungslos und defaitistisch diese Welt schien, als sich Europa anschickte, wieder aus der Asche aufzuerstehen. Ich erinnere mich daran, denn ich weilte im Jahre 1946 in Europa, da ich als Präsident der Studebaker-Corporation die Aussichten des Automobilgeschäfts überprüfte. Was ich da zu sehen bekam, erschien mir als aussichtslos, nicht nur für das Automobilgeschäft. Überall fand ich die Menschen dem unausbleiblichen Zusammenbruch in fatalistischer Resignation verhaftet, dem der Triumph des Kommunismus folgen und wie üblich am Elend gedeihen würde.

Besucht heute einer Europa, so findet er kaum noch, daß es der gleiche Ort sei. Wie ein Wunder hat es sich aus tiefster Erniedrigung emporgehoben zum größten Wohlstand seiner Geschichte. Großbritannien hat nicht nur ein ausgeglichenes Budget, sondern hat auch seine

Gold- und Dollarreserven durch eine phänomenal erfolgreiche Exportpolitik aufgebaut. Frankreichs Produktion hat ihren Vorkriegsstand um 32 % überschritten. Die Niederlande konnten ihre Vorkriegserzeugung um 100 % erhöhen und fließen, wie die biblischen Lande, über von Milch und Honig. Sogar das verarmte Italien steht wieder auf festen Füßen und die Wiederherstellung Westdeutschlands wird als das größte Wunder angesehen.

Das alles konnte geschehen, weil die Freie Welt Führer hat, die zum ersten Male den Frieden aktiv führen. Ex-Präsident Truman gebührt die Ehre, die Not erkannt und darauf geachtet zu haben, daß 400 Millionen Dollar für die Verteidigung Griechenlands und der Türkei zur Verfügung standen, was der Türkei ermöglichte, dem Druck Sowjetrußlands zu widerstehen und Griechenland, die Kommunisten im Bürgerkrieg zu besiegen.

General George Marshall, damals Staatssekretär der USA, sah wiederum die Notwendigkeit eines großangelegten Planes — die ECA vor sich.

Die Idee kam ihm, wie er mir kürzlich erzählte, während der Moskauer Konferenz 1947, als er nach Ablauf einer Reihe stürmischer und fruchtloser Verhandlungen im Kreml saß.

Keine Zeit, zu hassen

Ich war erstaunt, das gleiche Verhalten auch bei Dr. Dirk Stikker, Außenminister der Niederlande, vorzufinden; von ihm wußte ich, daß er ein Führer der Untergrundbewegung gewesen war, und daß er im Kampfe gegen die Nazis ungezählte Male sein Leben aufs Spiel gesetzt hatte. Ich war überrascht, als er mit Nachdruck ausführte, daß die Wiederbelebung Westdeutschlands der Schlüssel zu Europas Wiedergesundung sei, und ich verhehlte ihm meine Überraschung nicht. Ich werde seine Antwort nie vergessen: „Es gibt in Europa viel zu viel zu tun, als daß jetzt Zeit wäre zu hassen.“

Belgiens Premierminister Paul-Henri Spaak bekannte sich zur gleichen Anschauung. Er führte aus, daß alle Länder eng zusammenarbeiten müßten, und seine Gedanken gingen weit über den heutigen Stand der Zusammenarbeit hinaus: die Vereinigten Staaten Europas ohne Grenzschranken und mit einem einzigen großen Gütermarkt.

Premier Alcide de Gasperi von Italien, ein Mann, der wahrhaft ungeheure Lasten und Bürden zu tragen hatte, vertrat dieselben Ansichten: „Wir dürfen über der Wiederherstellung Italiens nicht blind werden gegenüber der Notwendigkeit einer engsten Zusammenarbeit aller Nationen“.

Es war auch de Gasperi, der mir die Schranken erklärte, die dem Fortschritt in Europa gesetzt waren, hervorgerufen durch die verschiedenen europäischen Mentalitäten und das unterschiedliche Tempo. Bei unserem ersten Zusammentreffen im Jahre 1948 sagte ich ihm, daß

Hier erkannte Marshall, daß die Sowjets mit einem europäischen Zusammenbruch rechneten, und daß sie alles tun würden, ihn herbeizuführen. Truman besaß den Weitblick, den General beim Marshallplan zu unterstützen. Zu dieser Zeit führte die republikanische Partei sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus; die Führung des verstorbenen großen Senators Vandenberg sicherte die überwältigende Unterstützung durch beide Parteien innerhalb und außerhalb des Kongresses.

Wie dem auch sei, der Marshallplan wäre kein Erfolg geworden, hätte Europa nicht selbst Staatslenker gehabt, die auch über ihre eigenen Landesinteressen hinaussehen konnten. Meine erste Reise nach Europa als ECA-Leiter machte ich im Jahre 1948, halb in der Furcht, die Kritiker, die das Ganze „Operation Rattenloch“ nannten, könnten Recht behalten. Aber Männer wie Frankreichs Außenminister Robert Schuman gaben mir Mut. Er beharrte darauf, daß Europa gerettet werden könnte, aber nur, wenn die Wiederherstellung des gesamten Europas geplant würde, Deutschland miteingeschlossen. „Die Tage sind vorüber“, sagte er, „da wir es uns leisten konnten, die Energien des französischen und deutschen Volkes im Widerstand gegeneinander vergeudet zu sehen.“

man vom amerikanischen Volk schwerlich erwarten dürfe, Steuern zu bezahlen, um Italien zu helfen, wenn die Italiener selbst allen Steuerzahlungen aus dem Weg gingen.

„Habt nur ein wenig Geduld“, meinte Dr. Gasperi. „Wenn unter unserem gegenwärtigen Steuersystem — und das trifft auch auf die letzten 500 Jahre zu — der einzelne Steuerzahler allen seinen gesetzlichen Steuerverpflichtungen nachkommen wollte, besäße er tatsächlich nichts. Es ist seit 500 Jahren Sitte und Brauch in Italien, dem Steuereinzahler aus dem Wege zu

gehen. Es ist uns klar, daß wir hierzulande nie eine erfolgreiche Demokratie haben werden, solange wir uns nicht eine Steuermoral zu eigen machen — aber, wir werden sie erhalten. Im nächsten Jahr schon, das versichere ich Ihnen, werden wir die Steuereinnahmen dieses Jahres verdoppelt haben. Aber das alles kann nicht über Nacht geschehen“. Er hielt Wort. Während des folgenden Jahres waren die Steuereinnahmen auf das Doppelte gestiegen.

Es sind zu viele Politiker, die einen wichtigen Beitrag zur Führung des Friedens leisteten, um alle Namen nennen zu können. Aber Churchill und Eden, in Großbritannien, und John Foster Dulles von den USA, dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Als Ironie des Schicksals und dennoch ins Bild passend, war es dann nicht die Freie Welt, sondern die des Kommunismus, die einem wirtschaftlichen Chaos und einem Zusammenbruch gefährlich nahe kam. Die Sowjets sind im Augenblick in einer ernsthaften landwirtschaftlichen Krisis, so schwer, wie dies in den Dreißigerjahren die Vereinigten Staaten zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise waren. Der kurzlebige sowjetische Versuch, Verbrauchsgüter zu produzieren, erwies sich als ein Mißerfolg; man hat guten Grund anzunehmen, daß die gesamte russische Wirtschaft schwer unter den Anstrengungen zu leiden hat, ein „Stoßprogramm“ der Atomwaffenerzeugung durchzuführen. Hinzu kommt das Stoßprogramm für schwere Bomber und zusätzlich noch die Unterstützung des kommunistischen China, und der europäischen Satelliten und diese Programme sind durchzuführen bei einer vorherrschend auf Kriegsindustrie eingestellten Wirtschaft in einem Land, dessen Stahlkapazität nur ein Drittel der Amerikas beträgt und dessen Elektrizitätserzeugung bei weitem nicht ausreicht. Es ist den Russen nicht möglich, beides, Kanonen und Butter zu erzeugen, und das Volk beginnt, störrisch zu werden.

Der günstige Augenblick

System ist, bei dem nichts Rechtes herauskommt und aus dem nichts Rechtes zu machen ist.

Es ist ihr und nicht unser System, das den Samen der Selbstzerstörung in sich birgt. Die Zeit ist auf unserer Seite, nicht auf der ihren. Wenn wir weiter entschlossen bleiben, den Frieden zu gewinnen, dann werden sie eines Tages unsere Wege beschreiten, weil ihr eigenes Volk entdecken wird, daß ihr System nicht stimmt.

Wichtig ist nur, daß wir uns auf unserem Vierfrontenweg zum Frieden nicht in irgendeinem Augenblick nachlassender Spannkraft in kurzfristige Wirtschaftspläne hineinlocken lassen.

Wir haben unsere militärische Kraft zu erhalten, aber gewärtig zu sein, daß sie nur dazu dient, uns Zeit zu erkaufen, die Zeit, die wir brauchen, um mit friedlichen Mitteln den Frieden zu gewinnen.

Das alles verschaffte der Freien Welt bei der Genfer Konferenz eine günstige Position. Wenn die Russen, aus welchem Grunde immer, zu einer Koexistenz bereit sind, und den Kalten Krieg zur bloßen Konkurrenz abdämpfen, dann kann ich mir nicht vorstellen, warum unsere Freie Gesellschaft diesen Wettbewerb nicht gewinnen sollte. Bislang hatten es die Kommunisten nicht eilig, einen Krieg zu beginnen, denn ihre Doktrin lehrt sie, daß die Zeit auf ihrer Seite sei, daß der morsche Kapitalismus von selbst zusammenbrechen werde. Erst jetzt beginnen sie zu entdecken, daß Karl Marx eine tote Gesellschaftsform, den Kapitalismus von 1848, kritisierte; und daß der USA-Kapitalismus von 1955 revolutionärer ist als alles, was sich der Kommunismus je vorzustellen vermochte; und daß es vielmehr ihr eigenes gepriesenes

Wir müssen unsere Anstrengungen auf dem wirtschaftlichen Sektor steigern. Im kommenden Jahrzehnt haben wir in Asien unsere größten Aufgaben. Die Zukunft der Welt mag sehr wohl davon abhängen, ob die jungen Völker Asiens imstande sein werden, zu Wohlstand zu gelangen und gleichzeitig ihre Freiheit zu behalten. Wir müssen ihnen nicht nur helfen, sondern auch mit ihnen Geduld haben — selbst wenn wir nicht immer einverstanden sind; vor allem aber dürfen wir nicht darauf bestehen, daß ihre Entwicklung auf die gleiche Art erfolgen muß, wie das bei uns der Fall war. Ihre

Souveränität ist ein Novum für die meisten von ihnen — und sie sind infolgedessen besonders empfindlich.

Der Ferne Osten ist Amerika noch immer wohlgesonnen. Auch wo die Presse gegnerisch eingestellt ist, wie etwa in Indien, fand ich nichts als Wohlwollen mir, dem Amerikaner gegenüber. Und das gilt auch für die anderen Länder. Das Prestige, das Amerika als Symbol der Freiheit genießt, sein Höhepunkt die Befreiung der Philippinen, wurde etwas herabgemindert durch unsere Unterstützung der Franzosen in Indochina — aber noch ist es vorhanden.

jenseits des Eisernen Vorhangs zu verbergen. Die Wirkung ist kumulativ: Unruhe unter den Satelliten erzeugt Explosionsgefahr, und so sind die Russen gezwungen, Zugeständnisse zu machen, wie zum Beispiel das Abblasen des Kampfes gegen Tito. Da dieser Kampf damit begann, daß sich Tito weigerte, die Rolle eines Satelliten anzunehmen, wird Titos Erfolg die Wirkung auf die Satelliten nicht verfehlen. Auch sie werden größere Freiheiten fordern. Freiheit ist eine recht ansteckende Angelegenheit.

Man übertrage diese Verhältnisse auf Asien, wo die Gegensätze zwischen der Sklavenwirtschaft Rotchinas und den Freien Völkern von Indien, Birma, Thailand und den Philippinen bestehen. Wenn die Letzteren mit unserer Hilfe, imstande sein werden zu beweisen, daß man in Freiheit schneller vorwärtskommt und mehr vollbringt, dann wird die Wirkung auf das chinesische Volk genau so einschneidend sein, wie die Wiederherstellung Europas die Russen und ihre Satelliten beeindruckt hat.

Das also ist die Lage, den Frieden zu gewinnen. Wir dürfen nicht erwarten, ihn über Nacht zu erringen. Aber er muß gewonnen werden, — denn die Alternative wäre zu fürchterlich. Wie hat es Senator Vandenberg ausgedrückt, als er über das Ringen um den Frieden sprach:

„Hier liegt Herz und Kern aller Menschheitshoffnung für das Morgen. Ich weiß um keine bessere Hoffnung . . .“

Fundament der Größe

Darum ist die psychologische und informative Front für die Erringung des Friedens so überaus wichtig. Die Vereinigten Staaten müssen es verstehen, den anderen Ländern ihre große Bedeutung klar zu machen. Nicht wegen ihres hohen Lebensstandards sind die Vereinigten Staaten so bedeutend. Sie sind es, weil in der amerikanischen Gesellschaftsordnung jeder Einzelne die Möglichkeit hat, so weit hinaufzukommen, als ihn seine Fähigkeiten bringen; sie sind es, weil sie die erste wirklich klassenlose Gesellschaftsordnung der Weltgeschichte darstellen. Dies ermöglichte es, den großen Wohlstand der USA zu schaffen, — aber ohne alle die Dinge, die auch den Überfluß nicht begehrenswert machen.

Die große Wiedergesundung Europas, an deren Realisierung niemand glaubte — hat bereits ihren Einfluß auf die Russen gehabt, unbeschadet des Eisernen Vorhangs. Wo es den nicht gibt, wie zum Beispiel in Berlin, hat der Wohlstand der Westdeutschen seinen dramatischen Einfluß auf die Ostdeutschen nicht verfehlt. Sie können selber den Unterschied zwischen dem kapitalistischen Wohlstand und dem kommunistischen Mangel sehen — und sich auf die Verbindung zwischen Reichtum und Freiheit, Elend und Tyrannei ihren eigenen Reim machen. Die Russen waren nicht imstande, vor ihrem eigenen Volk und den Satelliten die Diskrepanz zwischen der Not ihres eigenen Lebens und dem relativen Wohlstand

EDWARD CRANKSHAW

Rußlands Kalamität

Der folgende Aufsatz von Edward Crankshaw wurde mit freundlicher Genehmigung des Verlages wie des Verfassers aus der amerikanischen Zeitschrift „THE ATLANTIC“ übernommen.

Als Beria im Sommer 1953 verhaftet wurde, warf ihm die Anklage unter anderem vor, er habe die Landwirtschaft sabotiert. Die Welt lächelte — in der berechtigten Annahme, daß andere, hintergründigere Dinge eine Rolle spielten. Die Welt lächelte wiederum, als achtzehn Monate später Malenkow seinen eigenen Sturz mit dem Geständnis erklärte, er habe die Landwirtschaft an den Rand des Ruins gebracht. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, daß die sowjetische Führung sich ernstlich um die landwirtschaftliche Produktion Sorgen machte, da sie zwei Sündenböcke von allerhöchstem Rang für nötig hielt.

Sie macht sich tatsächlich Sorgen — und nicht ohne Grund. Während des ganzen vorhergehenden Jahres und auch schon früher hatte Chruschtschew immer wieder erklärt, daß die Lage sehr

faul sei. Die Situation, die er im Sommer 1953 beschrieb, war katastrophal. Die Zahlen, die er für den vorhandenen Viehbestand gab, entsprachen zum Beispiel genau den sorgfältigen Schätzungen gewisser westlicher Beobachter. Er erklärte: „Die Zahl der Kühe im ganzen Land liegt um 3,5 Millionen unter dem Vorkriegsstand und ist im Vergleich mit 1928 um 8,9 Millionen gefallen. Allein im Jahr 1952 hat der gesamte Viehbestand um 2,1 Millionen Stück abgenommen.“

Die Zahl, die man sich merken muß, sind die 8,9 Millionen Kühe, um die sich der Bestand im Jahre 1953 gegenüber 1928 — unmittelbar vor der Kollektivierung also — verringert hatte. Das bedeutete 24,3 Millionen für 1953 statt 33,2 Millionen für 1928. Chruschtschews allgemeines Bild stimmte hiermit überein.

Chruschtschew forderte große und genau festgelegte Maßnahmen. Das war im Spätsommer 1953. Aber im Januar 1955, unmittelbar vor der öffentlichen Erklärung von Malenkows Sturz, mußte er noch einmal eine recht verdrießliche Rede halten. Nach all dem Lärm und den großartigen Entschlüssen liefen die Dinge immer noch schief. Und es ist klar, daß Chruschtschew und alle, die wie er denken, glauben, daß nichts weniger als das Fortleben des Kommunismus in der Sowjetunion (China steht auf einem anderen Blatt) von dem Erfolg der neuen Agrarpolitik abhängt.

Um was geht es bei der neuen Politik?

Zunächst und vor allem um Nahrung für die ungeheuer angewachsene städtische Bevölkerung von Fabrikarbeitern und Technikern. Die sowjetische Führung hat entdeckt, daß in einer indu-

ustrialisierten Gesellschaft eine „Unterhalts“-Ökonomie auf die Dauer nicht funktionieren kann, sondern daß diese Gesellschaft eine *regelmäßige* Lebensmittelversorgung braucht — im Gegensatz zu einer reinen Agrargesellschaft, die sich auch in Hungersnöten und Perioden großer Knappheit notfalls über Wasser hält: Die sowjetische Führung hat weiterhin entdeckt, daß eine industrialisierte Gesellschaft *mehr* Lebensmittel braucht und nicht bis in alle Ewigkeit bei großem Arbeitstempo Präzisionsmaschinen bedienen und dabei von Brot und eingelegten Gurken leben kann. Malenkow und Gleichgesinnte erkannten dies und waren bereit, sich die Heranschaffung von mehr und besseren Lebensmitteln etwas kosten zu lassen — wozu Stalin sich nie hatte entschließen können.

Aber der Anreiz, den sie für eine höhere Lebensmittelproduktion boten, reichte nicht aus,

Koordinierung von Industrie und Landwirtschaft

Die erste Agrarrevolution fand statt, als Lenin den Bauern erlaubte, sich kurzerhand das Land anzueignen. Lenin wußte, daß er es ihnen zweifellos wieder abnehmen mußte. Die zweite Revolution bestand darin, daß Stalin den Bauern das Land wieder abnahm, indem er das Kollektivsystem einführt, die entschlossenen Widerständler deportierte oder erschoss und den Rest durch Aushungern gefügig machte. Im Verlauf dieser Operationen blieben mehrere Millionen der erfahrensten und tatkräftigsten Bauern, der sogenannten Kulaken, auf der Strecke, und der Viehbestand des Landes wurde halbiert. Die dritte Revolution wurde 1950 von Chruschtschew in Gang gesetzt. Ein Teil des Programms, die Verschmelzung von Gruppen angrenzender Kollektive zu Großkollektiven, hatte auf dem Papier Erfolg. Aber als man daranging, die Bauern in unpersönliche „Agrarstädte“ umzusiedeln, wo sie losgelöst von ihren Feldern und ihres eigenen Stückchen Landes beraubt, leben sollten, aus ihren Dörfern herausgerissen und unter Fremde

um die Mitarbeit der Kollektiv-Bauern zu gewinnen. Er genügte gerade, um die erbarmungslose Schwarzweißökonomie Stalins in Unordnung geraten zu lassen. Malenkow ging also nicht aus seinem Amt wegen seiner Agrarpolitik an sich, sondern weil er eifersüchtige Rivalen hatte, die außerdem überzeugt waren, daß seine Politik der Versöhnung im eigenen Land in einer Katastrophe enden müßte. Für den sowjetischen Kommunismus kann es keine halben Sachen geben. Chruschtschew — seit 1950 für seine Überzeugung bekannt, daß die einzige Lösung in noch härterer Disziplin bestünde — ist zum Ziel gekommen. Seine eigene Zukunft (und wahrscheinlich die der Sowjetunion) wird davon abhängen, ob er fähig ist, in kurzer Zeit und gegen passiven, aber hydraköpfigen Widerstand die dritte russische Agrarrevolution durchzuführen.

verpflanzt, ständig bewacht von den Funktionären der Zentralbehörde — da sträubten sich die Bauern. Der Plan mußte aufgeschoben werden.

Nun aber kehrt Chruschtschew mit äußerster Entschlossenheit zu dem Gedanken zurück. Sein Ziel ist eine Koordinierung von Industrie und Landwirtschaft und der Aufbau einer industrialisierten, entindividualisierten Landwirtschaft, die der Staat für den Staat mit den in staatliche Leibeigene verwandelten Bauern betreibt. Das ist völlig logisch. Die einzige Alternative wäre eine Beseitigung des Kollektivs und die Rückkehr zu einer individuellen oder kooperativen Landwirtschaft nach antikommunistischen Grundsätzen. Ein Stehenbleiben auf halbem Wege aber ist nicht möglich. Malenkow glaubte, es wäre möglich — und stiftete Durcheinander nach beiden Seiten. Chruschtschew weiß besser Bescheid. Er weiß, daß sein Kurs der einzig mögliche Kurs ist — wenn er den Kommunismus nicht aufgeben will.

Getarnter Bürgerkrieg

Man vergißt so oft, daß Landwirtschaft im Westen nicht immer das war, was sie heute ist. England wird zum Beispiel als die Wiege der Viehzucht betrachtet — und mit Recht. Aber der Gedanke, Vieh zu züchten, kam nicht vor Ende des 18. Jahrhunderts auf, und in die Praxis wurde die Viehzucht erst durch die englische industrielle Revolution eingeführt. Bis zu dieser Revolution kam niemand auf die Idee, Vieh *speziell* zur Deckung des Fleisch- und Milchbedarfs zu züchten. Schafe wurden wegen der Wolle gezüchtet, Rinder wegen der Knochen und auf Kraft hin: Man brauchte gute Ochsen zum Pflügen und Ziehen.

Vor der Mitte des 18. Jahrhunderts konnte der Viehbestand nicht in voller Höhe durch den Winter hindurch gehalten werden. Es gab keine Knollenernte, und die ausgelaugten Weiden lieferten Heu nur in unzureichenden Mengen. Die

Mehrzahl der Tiere wurde daher bei Beginn des Winters geschlachtet und das Fleisch eingepökelt. Mit der Entdeckung des Fütterungswertes von Knollen und Rüben wurde es möglich, den Großteil des Viehbestandes durch den Winter zu füttern. Bald bildeten dann die Anforderungen einer rasch wachsenden Bevölkerung in den Industriestädten einen neuen Anreiz für die Produktion von Milch und Butter. Schnell wechselte die englische Landwirtschaft von einer Unterhalts-Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Getreide zu der Erzeugung hochwertiger Produkte über. Dann kamen die Maschinen.

Die Vorgänge in Großbritannien wiederholten sich — mit Variationen — in jedem fortschrittlichen Land. Rußland stand an der Schwelle seiner Umwandlung im Jahre 1917. Zu jenem Zeitpunkt bestanden vier Fünftel der russischen Bevölkerung aus Bauern, die sich auf traditionelle Bauern-

art ernährten: Sie hungerten in schlechten Zeiten, schlachteten ihr Vieh bei Ankunft des Winters, kreuzten weiter mit minderwertigen und unergiebigsten Rassen und exportierten Korn, da hier ein Überschuß leicht zu erzielen war. Aber die normale Agrarrevolution, die Hand in Hand mit der normalen industriellen Revolution ging, kam bereits während der letzten Jahre des Zarenreiches ins Rollen.

Ob sich im Jahre 1928, als der erste Fünfjahresplan begann, die Landwirtschaft auf natürlichem Wege — d. h. nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage — schnell genug entwickelt hätte, um die Bevölkerung der neuen Städte angemessen zu ernähren — das können wir nicht wissen. Die Landwirtschaft hatte keine Chance zu einem Versuch. Es hätte — kurz gesagt — bedeutet, daß man den Fähigen und Ehrgeizigen erlaubt hätte, das Tempo zu bestimmen, ihren Besitz zu vergrößern und die weniger fähigen und ehrgeizigen Bauern als Landarbeiter zu beschäftigen. Tatsächlich hatten die Kulaken bereits mit diesem Prozeß begonnen, und das Resultat war, daß im Jahre 1928 die russische Landwirtschaft sich von der Katastrophe des Bürgerkrieges und dem Chaos der Revolution erholt und einen neuen Rekord aufgestellt hatte. Den Revolutionären paßte das nicht. Lenin hatte gesagt: „Kleinproduktion der Bauern züchtet Kapitalismus und eine Bourgeoisie — täglich, stündlich — in einem natürlichen Prozeß und in großem Stil.“ Die freie Entwicklung der Landwirtschaft würde den Kommunismus bald ad absurdum geführt haben. Also mußte sie aufgehalten werden.

Aber es gab auch noch einen anderen Grund für eine Intervention des Staates: Stalins Industrieprogramm erforderte eine Konzentration aller Kraftreserven in der Schwerindustrie. Eine freie Landwirtschaft konnte nicht funktionieren ohne den Anreiz von Verbrauchsgütern, die man für Geld kaufen konnte. Nach dem Willen Stalins sollte es keine gegen Geld erhältlichen Güter geben.

Ergo: Um die Revolution vor dem Aufstieg einer neuen Klasse individualistischer Landbesitzer zu schützen und um aus den Bauern Landprodukte praktisch ohne jede Gegenleistung herauszuquetschen, wurde die Kollektivierung in einer Art getarnten Bürgerkrieg erzwungen. Das Ergebnis der Kollektivierung war keine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion; sie wurde auf höchst ungewöhnliche Art gedrückt. Aber Stalin kümmerte das nicht. Er war dabei, der neuen Klasse der Landbesitzer im Interesse der kommunistischen Theorie den Hals zu brechen, und gegen kleinstmögliche Ausgaben nahm er Beschlag von der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung. Der Produktionsrückgang war unvorstellbar katastrophal: Noch zehn Jahre später, kurz vor Ausbruch des Krieges, hatten trotz großer Bevölkerungszunahme die landwirtschaftliche Produktion im allgemeinen und der Viehbestand im besonderen ihre alte Höhe von 1928 nicht wieder erreicht. Es gab weniger Getreide auf den Kopf der Bevölkerung als 1928. Es gab weniger Vieh als 1928.

Das Projekt Chruschtschew

Das Elend des Krieges schuf überall Verwirrung. Millionen Hektar von bebautem Land konnten nicht abgeerntet werden; Millionen von Tieren wurden getötet. Damit nicht genug, brach nun überall das Kollektivsystem zusammen. Der Kreml brauchte fünf Jahre, um wieder einigermaßen Ordnung herzustellen — die Dürre von 1946 war gleich am Anfang ein böser Rückschlag. 1950 wurde dann Chruschtschew's „Dritte Revolution“ angekündigt.

Sie hatte keinen Erfolg. Und auch das grandiose Rindviehzucht-Programm gelang nicht; und auch nicht Lysenkos Plan zur Schaffung von Weideland für den Übergang: Ackerland wurde mit Gras eingesät in trockenen Landstrichen, in denen kein Gras gedeihen konnte. Und während der ganzen Zeit wuchsen die Forderungen der Städte nach mehr und abwechslungsreicheren Lebensmitteln. Eins der ersten Manöver Malenkows war der Versuch, die Bauern auf seine Seite zu ziehen. Er machte eine Reihe Konzessionen auf dem Gebiet der Besteuerung, der Zwangsablieferung und der privaten Landwirtschaft. Chruschtschew hatte gegen das Prinzip gekämpft, daß jeder Bauer sein eigenes Stück Land und ein paar eigene Tiere haben durfte, da er wußte, daß die Bauern auf ihrem eigenen Land härter arbeiteten als auf dem Kollektivland. Malenkow wußte das auch: Er versuchte, das Beste aus der verfahrenen Situation herauszuholen, indem er die Bauern zu privater Initiative ermutigte — in der Hoffnung, auf diese Weise die Produktion steigern zu können. Aber obwohl Malenkows Konzessionen in den Augen des Kreml phantastisch ausgesehen haben müssen und im Stande waren, die Basis des Kommunismus zu gefährden, reichten sie dennoch nicht aus. Und trotz seines Versuchs, einen Teil der Schwerindustrie auf die Produktion von Verbrauchsgütern umzustellen, gab es immer noch nicht genug Dinge zu kaufen, die die Bauern zur härteren Arbeit innerhalb des Kollektivsystems hätten reizen können.

Die in verschiedenen Kreisen vertretene Ansicht, daß die sowjetische Landwirtschaft nur ein normales Stadium durchläuft auf dem Übergang

von einer niederwertigen zu einer hochwertigen Produktion, hält der Prüfung nicht stand. Nichts ist normal an dieser im höchsten Grade künstlichen und bisher einzig in der Welt dastehenden Situation, die aus einer politischen Theorie geboren wurde und aus der Entschlossenheit einer Regierung von Verschworenen. Man mußte die Macht im eigenen Land in der Hand behalten, wollte man draußen zu gewichtigen Operationen schreiten. Dieser Aspekt ist etwas übersehen worden, aber er hat die innenpolitische Situation fast zur Unkenntlichkeit kompliziert. Denn mit seinen irrsinnigen Weltmachtansprüchen und mit der Verbreitung des Kommunismus in anderen Ländern hat der Kreml sich eine ungeheure zusätzliche Arbeit aufgeladen. Er versucht, die traditionelle Entwicklung von der einfachen zu einer verfeinerten Form der Landwirtschaft durchzuführen, verwendet gleichzeitig riesige Flächen und Reserven für sogenannten industriellen Fruchtanbau und schneidet sich selbst von der Versorgung mit Landmaschinen aus dem Ausland ab. Mit einem Wort: Er führt eine Industrierevolution durch und versucht, eine Agrarrevolution durchzuführen — beides durch Verordnungen! — während er sich in einer Lage befindet, die man nur einen freiwilligen Belagerungszustand nennen kann. Nichts ist hier normal, und es gibt keine Garantie für den Erfolg eines solchen Unternehmens.

Chruschtschew will es trotzdem versuchen. Sein berühmtes Brachland-Programm (Besiedlung, Urbarmachung und Getreideanbau in Gebieten Kasachstans und Westsibiriens, von größerer Ausdehnung als die bebaute Bodenfläche in halb Westeuropa!) hat fast mit Sicherheit vornehmlich ein politisches Motiv: Chruschtschew versucht, in der vernachlässigten Steppe den Keim für seine industrialisierte Landwirtschaft zu legen, die vom Staat für den Staat betrieben wird; und gleichzeitig versucht er, den Kreml bei der Getreideversorgung unabhängig von den verbitterten, apathischen, engstirnigen Kollektivbauern der alten Siedlungsgebiete zu machen.

Dieser Eindruck wird von Chruschtschew's letztem, im Januar angekündigten Projekt bestätigt,

nach dem Millionen von Hektar des alten Siedlungslandes mit Mais bebaut werden sollen, den man zur Erhaltung des erhöhten Viehbestandes benötigt. Die seit Jahrhunderten an die Erzeugung ihres eigenen Brotgetreides gewöhnten Bauern werden sich nicht leicht mit dem Gedanken abfinden, daß sie Mais anbauen sollen, um Vieh zu füttern, das sie niemals zu Gesicht bekommen und dessen Fleisch in die Städte geliefert wird. Aber wenn Chruschtschew sich einmal den Getreidenachschub aus dem Neuland gesichert hat, dann besitzt er eine sehr starke Position gegenüber den Bauern der westlichen Gebiete.

Was auch immer geschieht — für die Bauern bedeutet es in jedem Fall neues Leid. Für viele wird es wahrscheinlich Hunger und Blutvergießen bedeuten. Entweder Chruschtschew gewinnt und zwingt die Landbevölkerung in den Status staatlicher Leibeigener, die jedem Wink gehorchen, oder aber er scheitert, wie vor ihm Stalin beinahe gescheitert wäre.

Eines ist gewiß: Falls die Produktion nicht erhöht werden kann, und zwar bald, dann ist der Anfang vom Ende des sowjetischen Kommunismus da. Denn im Grunde handelt es sich bei der landwirtschaftlichen Krise nicht um Brot. Es handelt sich um eine Theorie — eine Theorie, die Leiden für jeden bringt, außer für die, die sie entwickelt haben.

Anmerkung:

Henry A. Kissinger ist Direktor des Internationalen Seminars der Harvard-Universität, USA, und Herausgeber der in Havard erscheinenden internationalen Vierteljahresschrift *Confluence*.

Im Jahre 1951 veröffentlichte Paul G. Hoffman unter dem Titel „Der Friede kann gewonnen werden“ ein Buch, worin er seine Erfahrungen als Leiter des Marshallplanes niederlegte. Hoffman gab im Jahre 1948 seinen Posten als Präsident der Studebaker-Corporation auf, um nahezu drei Jahre lang die ECA zu leiten, die drei Milliarden Dollars auswarf, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln. Er nannte das „die beste Investition, die Amerika je machte“. Danach kehrte er wieder ins Zivilleben zurück; zuerst als Präsident der Fordstiftung, gegenwärtig als Vorsitzender der Studebaker-Packard Corporation — aber er bleibt ein wichtiger Ratgeber des Präsidenten.

Edward Crankshaw, England, Schriftsteller und Historiker, besuchte Rußland erstmalig als Mitglied der Britischen Militärmission in Moskau, kehrte 1947 zurück, schrieb für die Zeitung „The Observer“, und veröffentlichte auf Grund seiner Erfahrungen die beiden Bücher: „Russia and the Russians“ und „Cracks in the Kremlin Wall“.